

Preisausschreiben für die Schulen zum
Thema Klassenbildung

Der Schulstart war kein „Jahrhundertereignis“

Ende der Sommerferien verschickte die GEW an ihre Mitglieder ein Preisausschreiben. Die Schulklassen sollen errechnen, wie viel Raum pro Schüler in ihrem Klassenzimmer oder Kursraum vorhanden ist. Die Klasse, die sich am engsten zusammenquetschen muss, bekommt von der GEW einen Tag an der frischen Luft geschenkt: 500 Euro für einen Ausflug. Anhand verschiedener Rechenaufgaben sollen sich die Schülerinnen und Schüler damit auseinandersetzen, welche Nachteile die neuen Klassenbildungsregeln haben, die Minister Bernd Busemann für das neue Schuljahr eingeführt hat. Mit dieser Aktion möchte die GEW auf die erschwerten Lernbedingungen aufmerksam machen.

„Weil die Abschaffung der Orientierungsstufe eine teure Veranstaltung ist, die zwischen 1000 und 2000 Lehrerstellen kostet, musste Herr Busemann die Klassenfrequenzen erhöhen und Unterrichtsangebote kürzen, wenn er die statistische Unterrichtsversorgung auf die von ihm stolz verkündeten 99 Prozent bringen wollte“, erklärte der GEW-Schulexperte Henner Sauerland.

Schüler haben die Erhöhung der Klassenfrequenzen am eigenen Leib erfahren

Busemann hatte den Anfang des Schuljahres 2004/05 als große „Erfolgsstory“ und als „Jahrhundertereignis“ zelebriert. Sogar ein Lagezentrum wurde eingerichtet. Ergebnis: Es lief alles glatt. Natürlich haben die Schulleitungen und Kollegien an Haupt- und Realschulen sowie den Gymnasien in den Ferien alles Erforderliche für die Einschulung der drei Jahrgänge 5, 6 und 7 unternommen. Sie haben mit den Verwaltungen der Kommunen kooperiert, Raumprogramme erstellt, Umzüge organisiert und die Buchausleihe vorbereitet. Schließlich sind sie Profis und sie können

das, auch ohne Hilfe eines Lagezentrums im Ministerium.

Aber die Bedingungen, unter denen unterrichtet wird, werden durch die Rahmenbedingungen, die der Kultusminister setzt, deutlich verschlechtert. Die Erhöhung der Klassenfrequenzen erfahren die Schülerinnen und Schüler am eigenen Leib. Das gilt insbesondere für die Gymnasien und Gesamtschulen, bei denen mehr Anmeldungen erfolgen, als sie aufnehmen können. Hier werden die Höchstzahlen tatsächlich erreicht. Das waren unsere niedersächsischen Schülerinnen und Schüler nicht gewohnt: 30, ja 32 in einem Klassenraum, der in der Sekundarstufe II oft nur für 20 geplant war.

Besonders krass sind die Verhältnisse in der Sekundarstufe I im naturwissenschaftlichen Unterricht und im Fach Technik. In den Experimentierräumen und in den Werkräumen sind schon aus Sicherheitsgründen oft nur 20 Plätze eingeplant. So müssen nun sogar Fensterbänke als Sitzplätze erhalten. Mit Hilfe des Preisausschreibens wird die GEW die schlechten Unterrichtsbedingungen dokumentieren.

Fast 900 Lehrerstellen werden gestrichen

Die GEW macht darauf aufmerksam, dass die Unterrichtsversorgung im Rahmen der Haushaltskürzungen verschlechtert wird, die die Landesregierung Mitte September dem Landtag vorlegen will. 52 Millionen Euro soll das Kultusministerium ab 2005 pro Jahr einsparen, davon 40 Millionen Euro für Personal an den Schulen. Das entspricht 888 Stellen. Es war bisher im Kultusministerium nicht zu erfahren, wie diese Kürzung umgesetzt werden soll.

Von den 2500 Stellen, die die Regierung 2003 geschaffen hat, bleibt dann unterm Strich nichts mehr übrig: 700 Stellen waren schon von der SPD-Regierung besetzt, aber nicht dauerhaft finanziert. Mindestens 1000 Stellen kostet die Umsetzung des Schulgesetzes. 888 Stellen werden ab 2005 gestrichen.

Regierung plant Studiengebühren

Die GEW hat die Beispielrechnungen zur geplanten Einführung der Studiengebühren überprüft, die die Regierung in den letzten Tagen vorgelegt hat. 500 Euro pro Semester sollen die Studierenden an den niedersächsischen Hochschulen zahlen, wenn die CDU-Regierungen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende des Jahres die Berechtigung zur Einführung von Studiengebühren erhalten sollten.

CHE, das Centrum für Hochschulentwicklung, eine von der Bertelsmannstiftung und der Hochschulrektorenkonferenz betriebene Einrichtung, hat am Beispiel der Universität Hannover suggerieren wollen, dass die Einführung der Studiengebühren die Finanzierung der Hochschulen auf eine sichere Basis stellt. Die GEW-Experten haben nachgerechnet. Die Einführung der Studiengebühren erbringt gerade die Summe, die den Hochschulen durch die Haushaltsbeschlüsse in den drei Jahren 2004 bis 2006 entzogen werden.

Kein Wunder also, wenn der Hamburger Wissenschaftssenator Dräger, der Vorkämpfer der Einführung der Studiengebühren unter den CDU Landesministern, bereits 2500 Euro Studiengebühren pro Jahr berechnen ließ. Außerdem propagiert er, 50 Euro Bewerbungsgebühren pro Studienplatz einzuführen.

„Die CDU verspricht den Bürgern Steuererleichterungen und plant ihnen gleichzeitig durch Gebühren in die Taschen zu greifen. Dieser Weg in den Gebührenstaat wird nicht nur die ärmeren Bürger, sondern auch den Mittelstand erheblich treffen“, kritisiert der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt.

Pressekonferenz der GEW in der Landesgeschäftsstelle. Auf das besondere Interesse der Medienvertreter stieß das Preisausschreiben der GEW. In der Bildmitte der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt und Referatsleiter Henner Sauerland.

Foto: Richard Lauenstein

